

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Vor zehn Jahren

In diesen Januartagen jährte sich zum zehnten Male, daß die französische Soldateska das rheinisch-westfälische Industriegebiet besetzte. Was war nun der Grund der Besetzung? Die Schwerindustriellen waren längst darauf aus, die von Deutschland übernommenen Verpflichtungen zur Lieferung des zum Wiederaufbau der zerstörten französischen Gebietsteile benötigten Materials abzulehnen. Fort mit der Erfüllungspolitik, koste es was es wolle, das war die schwerindustrielle Losung. Die Herren von Kohle und Eisen wollten den Einmarsch der Besatzungstruppen ins „industrielle Herz“ Deutschlands. Die Triebfeder ihres Handelns war, die ständig an Wert einbüßende deutsche Mark völlig zu entwerten, um auf diese Weise ihre Schulden loszuwerden. Die durch den Krieg aufs äußerste erschöpften Massen sollten völlig ausgeplündert und um ihren letzten Sparfennig betrogen werden.

Zu diesem Zwecke wurde die damalige Reichsregierung, die sich diesem Treiben widersetzt, gestürzt. An ihre Stelle trat eine Regierung unter der Kanzlerschaft des kürzlich verstorbenen Hapagdirektors Cuno. Damit hatte die Schwerindustrie ihren Mann am Reichsrunder. Nun war es vorbei mit dem „unwürdigen Nachgeben“. Die neue Regierung der „starken Männer“ lehnte die weitere Erfüllung des Sachlieferungsvertrages ab. Dieser Vertragsbruch führte zum Einmarsch der französischen Truppen.

Standen nun diese Sachlieferungen an Wert dem Einsatz gleich, den das deutsche Volk bezahlen mußte? Bei weitem nicht! Denn es handelte sich bei den französischen Ansprüchen nur noch um Lieferung gewisser Restbestände, die bei einigem guten Willen der „Herren der Wirtschaft“ leicht hätten befriedigt werden können. Aber das „Prestige“ der Stinnes und Konsorten ließ dies nicht zu; man hatte sich vorgenommen, nichts mehr zu liefern und damit basta!

Aber der „vaterländische Kampfgeist“ der Industriegewaltigen war nur ein Maulkampf gegen Frankreich, der Kampf galt der deutschen Arbeiterschaft. Zunächst wurde die Notenpresse in rasende Bewegung gesetzt. Denn der Ruhrkampf, richtiger gesagt „Ruhrkrampf“, erforderte Milliarden Mark. Die Entwertung der Mark erreichte ein sprunghaftes Tempo. Die Arbeiterschaft ging mit Wochenlöhnen heim, die manchmal noch nicht eine Goldmark ausmachten. In den Geschäften wechselten zuletzt die Warenpreise von Stunde zu Stunde.

Die Ruhrhaie hatten ihr wirtschaftliches Ziel, die Ausplünderung des eignen Volkes, erreicht und ihre Besetzungen auf Kosten der Arbeiterschaft „entschuldet“. Das war der Dank der Wirtschaftsführer an „ihre“ Arbeiter für den passiven Widerstand.

Aber auch in Hinsicht auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiter scheuten die Industriegewaltigen vor keiner Gemeinheit zurück. Noch während des Sommers 1923 hatten es die Herrschaften mit ihrer „nationalen Ehre“ für vereinbar gehalten, die Hilfe des französischen Oberkommandierenden, des Generals Degoutte, zur Beseitigung der sozialen Errungenschaften der Arbeiter zu erbitten. Der General aber zeigte ihnen die kalte Schulter, der französische Militär lehnte es ab, den Büttel der großen deutschen Patrioten gegen deren eigne Arbeiter zu machen.

Durch den wahnsinnigen Kampf, der den völligen Tod der Mark herbeiführte, waren die Arbeiter beim Abbruch des Kampfes wirtschaftlich ganz erschöpft. Eine Anzahl von ihnen hat das Abenteuer der Schwerindustrie mit dem Leben bezahlt. Den Gewerkschaften hatte die Inflation die Kassen geleert. Die Industriekapitäne holten, das fette Ruhrgeschäft war kaum beendet, zu einem Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiter, zunächst auf den Achtstundentag, aus. Der Reichstag half tüchtig mit, indem er das berüchtigte Ermächtigungsgesetz beschloß, das dann der christliche Arbeitsminister Braun dienstfeilig anwandte. Trotz verzweifelter Gegenwehr gelang es der Arbeiterschaft nicht, diesen infamen Angriff gebührend zurückzuschlagen.

Daß der Ruhrkampf abgebrochen, das Land um Rhein und Ruhr schließlich von den Besatzungstruppen geräumt wurde, ist nur dem Verständigungswillen und der Friedensbereitschaft der organisierten Massen hüben und drüben zu danken, die die Regierungen ihrer Länder unter Druck setzten. Wäre es nach dem Willen der „starken Männer“ hüben und drüben mit ihrem verbotenen nationalen Anhang gegangen, würde Deutschland noch mehr als durch „Versailles“ zerstückelt worden sein. Nur solche Menschen können derartige Abenteuer unterstützen, die gewissenlos genug sind, ihren persönlichen Vorteil über das Wohlergehen der Volksmassen zu stellen. Für diese Sorte „Volksgegner“ kommen die von ihnen stets in den Vordergrund gestellten „nationalen Belange“ nur als Köder für die ahnungslosen und denkfaulen Nachläufer in Betracht. Den international denkenden Großkapitalisten ist, wie hier aufs neue bewiesen wurde, der Krieg nur Geschäftssache, der ihnen riesige Gewinne in Aussicht stellt. Das „Schlagen“ überlassen sie großmütig dem Volk, das „alles setzt an seine nationale Ehre“. Zum Dank ziehen sie ihm dann das Fell über die Ohren.

Siegerländer Metallarbeiter ausgesperrt

Der Schlichter lehnt die Verbindlicherklärung des Schiedsspruchs ab

Der Arbeitgeberverband der Siegerländer Gruben und Hütten fordert eine Lohnkürzung von 12 vH und er hat dies durch Anschlag bekanntgegeben. Wie schamlos die Forderung ist, läßt sich ermaßen, wenn man weiß, daß der Stundenlohn 58 Pf. beträgt. Die ohnehin schon elend entlohnten Leute lehnen die Forderung der Unternehmer ab. Darauf sind sie ausgesperrt worden. Etwa 70 vH der Belegschaften befinden sich im Ausstand.

Da es zwischen der Unternehmerorganisation und den Gewerkschaften nicht zu einer Einigung kam, hat der Sieger Schlichtungsausschuß einen Spruch gefällt, der eine Lohnsenkung von 58 auf 57 Pf. vorsieht. Die Unternehmer wiesen den Spruch, weil er den Lohn zu wenig kürzt, zurück, so daß sich der Schlichter in Düsseldorf über eine Verbindlicherklärung des Spruchs schlüssig zu werden hatte. Der Schlichter lehnte die Verbindlicherklärung ab.

Die Bedeutung dieser Aussperrung geht weit über das Siegerland und die Metallindustrie hinaus. Dies nicht nur, weil der Schlichter die Verbindlicherklärung abgelehnt hat, sondern auch, weil man es hier mit dem Beginn einer neuen Lohnabbauwelle zu tun hat. Auf das letztere deuten verschiedene Äußerungen in der Presse der Schwerindustrie hin. Die von dieser ausgehaltene Deutsche Allgemeine Zeitung hat kürzlich schon geschrieben, daß sich die Notwendigkeit ergeben könne, den Stundenlohn noch einmal zu kürzen. Was das heißt, ist klar. Das schwerindustrielle Blatt wird schwerlich dergleichen schreiben ohne einen Wink von seinen Herren. So kann man getrost die Siegerländer Aussperrung als den Anfang eines abermaligen allgemeinen Lohnabbaus ansehen.

Der Lohnabbau ist nicht nur ein Verbrechen an der durch immerwährenden Lohnraub ausgemergelten Arbeiterschaft, er ist auch vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaft ein Wahwitz. Alle Welt ist sich allgemach darüber einig geworden, daß die Hauptursache der Weltwirtschaftskrise die Unzuläng-

lichkeit der Kaufkraft ist und daß sie gestärkt werden muß, wenn die Krise behoben werden soll. Weiter ist sich so ziemlich alle Welt darüber einig, daß getrachtet werden muß, möglichst viel Arbeitslose in nützliche Beschäftigung zu bringen. Der Lohnabbau aber ist das glatte Gegenteil dieser Selbstverständlichkeiten. Denn durch den Lohnabbau wird die Kaufkraft noch mehr verringert, und damit die Geschäftsstockung. Außerdem werden alle Arbeitsbeschaffungspläne zu sozialem Syrup, wenn die Arbeitslosigkeit durch Aussperrungen und Lohnkürzungen noch verschlimmert wird. Die erste Vorbedingung für das Gelingen jeder Maßnahme, die Arbeitslosigkeit zu mildern, ist, daß dafür gesorgt wird, daß nicht noch mehr Leute auf die Straße kommen.

Solch einfache Wahrheiten zu kapiern, wäre zuviel verlangt von den genialen Führern der deutschen Mißwirtschaft. Aber der Schlichter, die nachgeordnete Stelle der Regierung, die den „sozialen General“ zum Chef hat? Daß der Düsseldorfer Schlichter, als er die Verbindlicherklärung des Sieger Spruchs verweigerte, ohne Weisung von oben gehandelt habe, ist nicht gut anzunehmen. Sollte unsere Annahme richtig sein, so würde das zu allerhand unerbaulichen Rückschlüssen auf die so viel beredete soziale Gesinnung der derzeitigen Regierung Anlaß geben. Der ohnehin verteuftelt schmächelige Glaube, daß die jetzige Regierung wirklich Arbeitsbeschaffung und gleichgerichtete Maßnahmen wolle, müßte selbst bei denen in die Binsen gehen, die den Glauben hegen.

Bei Redaktionsschluß wird uns gemeldet, daß der Schiedsspruch, dessen Verbindlicherklärung die Gewerkschaften beantragt vom Schlichter in Düsseldorf aber abgelehnt worden ist, nun doch in Kraft tritt. Dem Oberbürgermeister von Siegen ist es gelungen, beide Parteien zur Annahme des Schiedsspruches zu bewegen. Nach dieser Vereinbarung trat der Schiedsspruch vom 15. Januar ab in Kraft, die Arbeit wurde am 20. Januar wieder aufgenommen.

Der Bankier des Oberosaf

Ebenfalls eine „aufbauwillige Kraft“

Anfang Januar war, wie hier schon berichtet, der „große deutsche Führer“ Hitler in Köln mit dem Baron von Schroeder vom Bankhaus J. H. Stein vertraulich beisammen. Nach den Verlautbarungen der Herrschaften hat es sich um „nationale Konzentration“ gehandelt, also eine fette Sache. Man braucht die Echtheit dieser Mitteilung nicht gleich der eines nationalsozialistischen Legalschwurs gleichzusetzen. Denn um „nationale Konzentration“ ist es sicherlich beiden sehr zu tun. In der Bewegung zur „deutschen Erneuerung“ erneuern sich jetzt die Helden mit Spuck- und Schmutzsalven, und dem Werk der Erneuerung wird hier und da mit Knüppeln und Schießbeisen wacker nachgeholfen. Dann liegt auch Hitlers Bankier, dem Sachwalter des schwerindustriellen Kapitals, „nationale Konzentration“ sehr am Herzen. Seitdem sich Herr von Papen dieser löblichen Sache erbarmte, stehen sich Teile des nationalen Publikums wie Hund und Katze gegenüber.

Für Hitler wie auch für seinen Bankier hat jedoch „nationale Konzentration“ einen besonderen Sinn. Über das Bankhaus Stein sind die Subventionsmillionen der Schwerindustrie an Hitler gegangen. Es versteht sich, daß die hohen Gönner nun endlich Entgelt für ihre Goldstangen haben wollen. Ha, wenn man die Osafs hätte in die Regierung schieben können, bräuchte man um das Entgelt nicht so sehr zu bangen. Dann wären leicht Millionen öffentlichen Geldes flüssig zu machen gewesen — für die nationale Wirtschaft natürlich nur. Überdies hätte man mit Hilfe der ministeriellen Osafs die Lohntüte plündern und auch sonst zu Liebesgaben kommen können.

Leider aber mißlang es bisher, die Osafs an Staatshebel zu bringen. Die Aussicht dafür ist nicht groß, solange in der Partei der Nazis die „nationale Konzentration“ durch Handgemenge betrieben wird. Zur Herstellung der Konzentration braucht der „große Führer“ Geld, viel Geld. Mit wohlbeschwerten amerikanischen Handschlägen ließe sich das Handgemenge meistern. Mit den Sammelbüchsen, die jetzt in allen Straßen geschwenkt werden, sind wohl SA-Leute zu beschäftigen, aber nicht die leere Kasse des Braunen Hauses zu füllen. Die Kaiserhof-Rechnungen, Autofahrten und die anderen Unterhaltsamkeiten der Osafs kosten höllisch viel. Das muß schließlich auch den hohen Gönnern, für die ja die nationalsozialistische Bewegung lebt und schießt, einleuchten. Sie dürfen ihre teuren Kostkinder nicht auf den Hund kommen lassen. Dies ist für sie der eigentliche Sinn der nationalen Konzentration, Konzentration im Geldscheißen.

Dergleichen ist dem Bankier Hitlers, eben dem Baron von Schroeder, schon gedämmert. Für den Oberosaf ist natürlich dieser Bankier nicht ein Vertreter des raffenden Kapitals, sondern des herbeischaffenden Kapitals. Und mit ihm braucht Hitler auch nicht über die Brechung der Zinsknechtschaft zu sprechen, denn nationalsozialistische Blätter haben es sicherlich begrüßt, daß der Bankier für sie eine Zinsknechtschaft schuf. Nach der Rheinischen Zeitung (vom 14./15. Januar) hat der Baron von Schroeder sich „persönlich darum bemüht, eine „Konzentration“ der nationalsozialistischen Blätter im deutschen Westen zu erreichen, um gefährdete Gelder zu retten. Es handelt sich um erhebliche Summen. Schon vor Monaten berichteten wir, fährt das rheinische Blatt fort, daß sich Herr Thyssen unter der persönlichen Einwirkung Hitlers bereit fand, die nationalsozialistische Essener „National-Zeitung“ zunächst mit 200.000 M zu subventionieren. Niemand hat gewagt, unserer Mitteilung zu widersprechen.“

— Sodann nimmt die Rheinische Zeitung den Geldbesorger der Nazis, den Baron von Schroeder, unter die Lupe. Aus der Darlegung geht hervor, daß diese adlige nationale Kraft im Jahre

1923, als das Vaterland aus tausend Wunden blutete, allerhand getan hat, was auf die Förderung der Loslösung des Rheinlandes vom Reiche hinauslief. Das Bankhaus Stein habe schon 1919 bei der Loslösung eine führende Rolle gespielt. Einer ihrer Inhaber war, wie die Rheinische Zeitung weiter darlegt, der Einberufer jener unvergessenen Kasino-Konferenz in Köln, auf der man den Beschluß faßte, durch eine Abstimmung über die Gründung eines westdeutschen Freistaats im Rahmen Deutschlands zu entscheiden.

Man sieht also, daß Hitler und seine Bankiers ein Kollegium von aufbauwilligen Kräften bilden, das sich sehen lassen kann. Baron von Schroeder, der „große nationale Führer“ und die schwerindustriellen Patrioten — gleich sauber und gleich geeignet, das deutsche Volk zu retten.

Bestimmungen

zum Arbeitsbeschaffungsplan

Der Arbeitsbeschaffungskommissar Dr. Gereke hat die Richtlinien zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und der ländlichen Siedlung bekannt gegeben. Die Arbeiten müssen für die Volkswirtschaft wertvoll sein, möglichst im Laufe des Jahres 1933 beendet werden, sich vorwiegend auf Instandsetzung, Verbesserung und Vollendung vorhandener Anlagen oder auf die Förderung der Bodenkultur erstrecken. Den Trägern der Arbeit kann im Rahmen des Programms ein Darlehen gewährt werden.

Die Gewährung des Darlehens erfolgt unter folgenden Voraussetzungen: Der Träger muß in der Lage sein, die aus der Darlehensaufnahme und der Ausführung der Arbeit entstehende zukünftige Belastung zu tragen. Die Vergütung der Arbeiten an Unternehmer ist der Ausführung in eigener Regie grundsätzlich vorzuziehen. Die Arbeiten sollen möglichst nicht freihändig vergeben, sondern ausgeschrieben werden. Bei der Vergütung der Aufträge sind die mittleren und kleineren Betriebe ausreichend zu berücksichtigen. Generalunternehmer sind grundsätzlich auszuschalten; soweit das nicht möglich ist, sind auch sie zu verpflichten, die Auftragssumme auf möglichst viel mittlere und kleinere Betriebe zu verteilen. Der Gewinn des Unternehmers ist auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken. Alle Arbeiten sind, soweit dadurch keine wesentliche Verteuerung eintritt, durch menschliche Arbeitskraft auszuführen. Außerdeutsche Baustoffe dürfen nur dann verwendet werden, wenn geeignete inländische Baustoffe nicht vorhanden sind. Bei den Ausführungen der Arbeiten müssen in weitestem Umfang Arbeitslose eingestellt werden, vornehmlich sind langfristig Erwerbslose, vor allem Kinderreiche und Familienernährer, zu berücksichtigen. Die Arbeiter sind zu den Bedingungen des freien Arbeitsvertrages zu beschäftigen; die Arbeitszeit soll 40 Stunden wöchentlich nicht überschreiten.

Wir begnügen uns damit, die Richtlinien wiederzugeben. Es ist wesentlich, daß die 40-Stunden-Woche nicht überschritten werden darf und die Tarifverträge eingehalten werden müssen.

Aus dem Inhalt

Vor zehn Jahren — Der Bankier des Oberosaf	19
Keine Illusionen über den FAD	20
Stahlbad Anno 17 — Ein Kind wird geschlagen	21
Die Mission der RGO — Vom Vorstand	22
So schafft ein roter Finanzminister	23
Schriftensschau — Anzeigen	24

Die Arbeitsdienstpflicht im Reichstag abgelehnt

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags hat sich mit den Fragen des Arbeitsdienstes beschäftigt. Reichsarbeitsminister Syrup gab ein Bild von der Entwicklung des Freiwilligen Arbeitsdienstes und ging auf die von einem nationalsozialistischen Antrage geforderte Arbeitsdienstpflicht ein. Die auf Grund der bisherigen Erfahrungen bereits überschätzten finanziellen Anforderungen bei der Durchführung des Arbeitsdienstes - 1000 M im Jahr und Beschäftigten - machen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht unmöglich.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Graßmann begründete den gewerkschaftlichen Standpunkt. Die Praxis des Freiwilligen Arbeitsdienstes hat bisher gezeigt, daß mit der Ausdehnung des FAD der Begriff der „zusätzlichen Arbeit“ immer problematischer wird. Würde aus dem FAD die Arbeitsdienstpflicht gemacht werden, also eine Dauereinrichtung mit erheblich mehr Beschäftigten als heute im FAD, so würde ganzen Berufsgruppen, wie den Tiefbau-, Straßen- und Waldarbeitern, ihre heute schon sehr eingeeengte Existenzgrundlage völlig genommen werden. Nach nur zu berechtigtem Zögern haben die freien Gewerkschaften sich zum Freiwilligen Arbeitsdienst eingestellt. Durch ihre Beteiligung werden sie politischen Mißbräuchen und den zweifellos vorliegenden Gefahren der Schädigung des normalen Arbeitsmarktes entgegenwirken. Keine Unklarheit darf darüber bleiben, daß eine Ausweitung des FAD auf Kosten der von den Gewerkschaften geforderten öffentlichen Arbeitsbeschaffung ihren schärfsten Widerstand finden wird. Die Freiwilligkeit muß für die Teilnehmer am FAD uneingeschränkt erhalten bleiben. Die hier und da von Gemeinden verfügte Anwendung von Druck auf Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung ist ein unzulässiger Zwang. Wird die Freiwilligkeit nicht gewahrt, so fehlt die wichtigste Voraussetzung für die geringste, pädagogische Wirksamkeit im Arbeitslager. Arbeit ist nur dann die Quelle innerer Bereicherung für den Menschen, wenn sie freiwillig ausgeübt wird; die Arbeitsdienstpflicht lehnen wir deshalb grundsätzlich ab.

Von kommunistischer Seite wurde auf die „Streiks“ hingewiesen, die sie in verschiedenen Arbeitslagern hervorgerufen hätten. Unerwähnt ließen sie aber die Tatsache, daß junge kommunistische Arbeiter in großer Zahl in Arbeitslager aller Art, auch ihrer schärfsten Gegner, gehen und sich hier völlig der Umgebung anpassen.

Der nationalsozialistische Vorstoß nach Einführung der Arbeitsdienstpflicht gelang - wie die Abstimmung zeigte - völlig daneben; nur die Nazis stimmten für ihren Antrag, verließen selbst von den mit ihnen in dieser Frage bisher immer übereinstimmenden Deutschnationalen. Bei Stimmhaltung der Nazis und Kommunisten wurde dann ein Antrag angenommen, der von der Reichsregierung die Erhaltung des freiwilligen Charakters des Arbeitsdienstes verlangt und daß bei der Durchführung der Lager die Selbstverwaltung und Selbstgestaltung durch die Träger des Dienstes unter stärkster Berücksichtigung des Eigenlebens der Jugendverbände gesichert wird.

Des Nachdenkens wert

Es geschieht nicht oft, daß in einem kirchlichen Sonntagsblätterchen ein sozial gefärbter Artikel erscheint. Ein solcher Aufsatz hat sich am 1. Januar 1933, wohl aus Versehen, in das Stuttgarter Evangelische Sonntagsblatt verirrt. Hier ist er:

„Etwas, das des Nachdenkens wert ist. Anlässlich des Berliner Verkehrstreiks, bei dem es im wesentlichen um 2 Pf. mehr oder weniger Stundenlohn ging, weist die „Bodenreform“ auf Hintergründe hin, die jeder sozial verantwortungsbewußte Deutsche beachten sollte. Als nämlich seinerzeit die Untergrundbahn in Berlin die Grundstücke für ihre neuen Anlagen erwarb, mußte sie 80 Millionen Mark mehr bezahlen, als der Steuerwert der betreffenden Grundstücke betrug. Wäre die bodenreformerische Forderung erfüllt, daß wenn im Notfall eine Enteignung stattfinden muß, die Entschädigung dem Steuerwert entsprechen müsse, so hätte heute die Berliner Verkehrsgesellschaft 80 Millionen Mark weniger Schulden, das heißt wenn man auch nur 6 vH Zinsen rechnet, jährlich 4,8 Millionen weniger Zinsen zu zahlen als heute. Man mag sich nun ausrechnen, wieviel mal 80 Pf. Wochenlohn mehr oder weniger in dieser Summe enthalten sind! Ja, wieviel darüber hinaus die BVG bewilligen könnte, ohne den Tarif zu erhöhen, eben nur, wenn diese Summe, statt in die Tasche einiger „glücklicher“ Grundbesitzer und Makler in die Taschen der Arbeiter und Angestellten fließen würde, die natürlich dieses Geld restlos dem Innenmarkt zuführen würden, namentlich durch Kauf landwirtschaftlicher Produkte.“

Soweit ganz gut. Aber wir wollen noch weiter gehen als die „Bodenreform“, von dem das genannte Kirchenblatt abgedruckt hat. Wenn nämlich den Arbeitern durch die wahnwitzige Lohnquetscherei der christlich-nationalen Regierungen Brüning und Papen im Dienste unserer bankrotten Wirtschaft nicht Milliarden durch Notverordnungen aus der Lohnkürzung entnommen worden wären, dann wäre die Kaufkraft heute um Milliarden größer und es würden mehr Steuern und mehr Versicherungsbeiträge eingehen. Damit könnte die Krise erheblich gemildert werden. Und wenn die Regierung Papen die 2 Milliarden, die sie den Junkern und Schlotbaronen zuschanzte, dazu verwendet hätte, die Opfer der Wirtschaftskrise zu unterstützen, anstatt diesen armen Teufeln von ihren paar Pfennigen auch noch einen Teil zu nehmen und den Sozialrentnern ihre kargliche Rente zu kürzen, dann würde die Kaufkraft größer sein. Dies ist in der Tat etwas, um die Worte des Stuttgarter Evangelischen Sonntagsblattes zu gebrauchen, „das des Nachdenkens wert ist“. Wenn alle diejenigen, die heute darunter zu leiden haben, über ihre Lage, und über die Möglichkeit, wie man diese verbessern kann, ernstlich nachdenken, dann müßten sie zu dem Schluß kommen, daß nur durch Zusammenschluß aller Arbeiter, und zwar in den freien Gewerkschaften, bessere Lebensbedingungen erkämpft werden können. F. Tr.

Sozialdemokratische Interpellation gegen Japan

In einer von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingereichten Interpellation wird die Reichsregierung gefragt, ob sie bereit sei, im Völkerbund den Standpunkt einzunehmen, daß Japan durch seine kriegerischen Aktionen gegen China den Völkerbundakt und den Kellogg-Pakt gebrochen hat. Ferner, ob sie im Völkerbund dafür eintreten wolle, daß dieser von der japanischen Regierung die sofortige und bedingungslose Anerkennung und Ausführung des Lytton-Berichts verlangt und ob sie widerstandslos die diplomatischen und handelspolitischen Beziehungen abbrechen bereit sei. Außerdem wird in der Interpellation die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Völkerbundversammlung verlangt, um zu dem Verhalten Japans Stellung zu nehmen. - Zu gleicher Zeit wird auch von den französischen Sozialisten ein ähnlicher Vorstoß gegen den japanischen Imperialismus unternommen.

Zweitens besprochen die Ereignisse im Fernen Osten die Aufmerksamkeit der friedlich gesinnten Personen aller Völker und Rassen. Aus dem Krieg im Fernen Osten kann sich ein Weltkrieg mit unabweisbaren Folgen entwickeln. Deutschland hat als abgerüsteter Staat zu besten die Pflicht, einen solchen bevorstehenden Überfall zu brandmarken.

Keine Illusionen über den FAD

Von Heinrich Schliestedt

Der Freiwillige Arbeitsdienst (FAD) ist in seiner Ausdehnung wahrscheinlich beim Höchstpunkt angelangt. 285 000 Teilnehmer Ende November 1932 ist bei der Millionenarbeitslosigkeit nicht überwältigend. Sicherlich ist die Zahl noch steigerungsfähig bei Bereitstellung der notwendigen Geldmittel, denn die materielle und seelische Not der Jungen ist ja so riesengroß, daß sich noch viel mehr zum FAD bereitfinden würden. Aus den Lagern kommen Berichte, die klar erkennen lassen, daß der FAD keine Lösung der Schwierigkeiten bedeutet. Die sozialen Spannungen, die Problematik der Existenz einer ganzen Generation, das Überflüssigkeitsgefühl werden mit in die Arbeitslager genommen, und die Unterhaltungen sind genährt von einer Kritik an Zuständen und Menschen, die der Jugend den Lebensraum streitig machen. Es gab bereits vereinzelt Ausbrüche als Zeichen solcher Spannungen. Die solchen Ausbrüchen folgende Auflösung der Arbeitslager verhindert die Häufigkeit. Denn wo sollen die Teilnehmer hin? Zurück in das trostlose Einerlei der Straße oder in die Not des Elternhauses.

Daß sich die Gewerkschaften in den FAD einschalteten, war notwendig zu Nutz und Frommen der Jungen, die durch die Not dahin getrieben wurden. Nachdem gegen den Willen der Gewerkschaften der FAD eingerichtet war, und erhebliche Summen aus öffentlichen Mitteln, sogar aus den Beiträgen der Arbeiter für die Arbeitslosenversicherung, bereitgestellt wurden, besteht geradezu zu die Verpflichtung für die Gewerkschaften, durch Mitarbeit alle arbeiterfeindlichen Übungen abzuwehren. Das ging am besten durch die Errichtung eigener Arbeitslager, in denen Ausbrüche nicht vorkommen, weil die Teilnehmer ihrem grausamen Schicksal in grundsätzlich einheitlicher Auffassung gegenüberstehen.

Der FAD ist eine Notmaßnahme und in seiner ganzen Art nicht einmal eine begrüßenswerte, auch keine Dauereinrichtung, wie sie besonders den Befürwortern der Arbeitsdienstpflicht aus nicht immer ausgesprochenen Gründen vorschwebt. Die Jugend ist aber vor der Illusion zu bewahren, daß der FAD für sie eine Schicksalswende sein könnte. Die Jugend bis zum 18. Lebensjahr ist überhaupt nicht in den FAD einzubeziehen, denn diese Zeit sollen Lehrjahre sein. An diesen Jugendlichen sind schon bisher nicht wieder gutzumachende Sünden begangen worden. Immer weniger bekommen eine Lehrstelle, und diejenigen, die glücklich eine erhalten haben, werden in unzähligen Fällen wegen Mangel an Arbeit ungenügend ausgebildet. Für diese Hunderttausende sind Lehrstellen zu schaffen und nicht nur Verlegenheitskurse. Öffentliche Lehrwerkstätten, Sammelwerkstätten in Verbindung mit den Berufsschulen bei Sicherstellung der Ernährung usw., das ist eine unabweisliche Notwendigkeit, nachdem das privatkapitalistische Unternehmertum so völlig versagt hat.

Der FAD nützt hier gar nichts und ist absolut unfruchtbar. Die Arbeiten des FAD sind so gut wie ganz Erdarbeiten. Deutschland ist aber ein Industrieland und das Leben des deutschen Volkes ist abhängig von der beruflichen Tüchtigkeit der Arbeiterschaft. Wer in Erkenntnis dieser Zusammenhänge den Jugendlichen nichts anderes als den FAD zu empfehlen weiß, betrügt die Jugend um ihr künftiges Leben.

Vom 18. bis zum 25. Lebensjahre, wo das neue Geschlecht die Grundlagen seines Lebens sich erarbeiten muß, wo es seine Stellung im gesellschaftlichen Leben fundieren soll, wo das Verlangen und die Pflicht zur

Selbständigkeit erwächst, die Sehnsucht nach Familienbildung gebieterisch Erfüllung verlangt - da bietet man den FAD, weil diese Gesellschaft mehr nicht zu bieten vermag.

Es ist nicht wahr, daß die Menschen vor lauter Begeisterung zum FAD gehen; materielle und seelische Not zwingen sie dazu. Von der Unterstützung wurden die Jungen ausgeschlossen und ihren Eltern überlassen die selber nichts mehr zu beißen haben. Da ist der junge Mensch eine schwere Last, was er selbst am besten fühlt. Die Not bringt Unfrieden und Zerwürfnisse, und zuletzt ist der Mensch bereit, jede, aber auch jede Möglichkeit zu erfassen, um diesem Zustande zu entinnen. Haben die Regierenden auch nur eine blasse Ahnung davon, wie ihre Behandlung der jungen Erwerbslosen zahllose Familienbande gesprengt hat?

Was hat denn der junge Arbeiter vom FAD? Für einige Zeit einmal eine andere Umwelt, und in der körperlichen Arbeit kann mancherlei Düsternis der Seele vertrieben werden, und er braucht nicht mit dem Gefühl zu essen, daß er Eltern und Geschwistern das Brot fortnimmt. Alles sicherlich für den einzelnen beachtenswert, aber was hat er dabei für sein Leben erzielt? Wo ist das Entrinnen aus der Überflüssigkeit? Wo ist die Grundlage für seine Existenz? Nichts von alledem kann der FAD bieten. Aber unter Umständen kommen die jungen Menschen noch in eine Kampfstellung ohne ihr Wissen und Wollen gegen die erwachsenen Arbeiter, weil sie deren Arbeitsbedingungen verschlechtern.

Alle Apostel des Arbeitsdienstes verfolgen entweder verschleierte Ziele, oder haben noch nicht begriffen, daß die Menschen, insbesondere die Jungen, existenzlos, erwerbslos sind, die anständig bezahlte Arbeitsgelegenheit brauchen. Alles andere ist Betrug, was auch von den Teilnehmern des FAD erkannt wird, mindestens dann, wenn sie wieder auf dem Schutthaufen der überflüssigen Menschen liegen.

Aber der FAD soll ja wohl sozialpädagogische Aufgaben lösen in dem Zusammenleben von Intellektuellen und Arbeitern. Lächerlich. Unendlich viele Arbeiter haben mehr Intellekt als viele Intellektuelle. Wozu die Unterscheidung? Aber kein Intellektueller wird durch den FAD zum „Arbeiter“. Für den Studenten ist der FAD nicht schicksalhaft, sondern nur ein kurzes, vielleicht interessantes Zwischenspiel, an das man sich später als Herr Doktor erinnern kann - falls man sich nicht schämt. Nur bewußte, schicksalhafte Verbundenheit durch das Leben bringt Menschen zueinander, aber nicht der FAD.

Aus all diesen und tausend anderen Gründen stehen wir dem FAD ohne Illusionen gegenüber. Wir haben von den öffentlichen Stellen Notstandsarbeiten gefordert, die hauptsächlich von den Gemeinden und Städten zu einigermaßen erträglichem Löhnen durchgeführt wurden. In diese Gruppe gehört auch der FAD. Nur sind die Bedingungen dieser Arbeit sozial noch schlechter als die Notstandsarbeiten. Für die Vergebung von Notstandsarbeiten und für die dabei beteiligten Arbeiter haben sich die Gewerkschaften überall und zu allen Zeiten eingesetzt; deshalb geschieht das auch beim FAD, dieser Notstandsarbeit für die jungen Menschen auf einer anderen als der bisher üblichen Ebene. Das ändert unsere grundsätzliche Anschauung in keiner Beziehung, weil wir keine Illusionen haben und keine aufkommen lassen wollen.

Ranzigkeiten zwischen Agrariern und Industriellen

Daß die Führer des deutschen Großgrundbesitzes, namentlich soweit sie dem Landbund angehören, Raubbeime sind, wissen wir seit Jahrzehnten. Mit welcher Skrupellosigkeit sie ihre Interessen verteidigen, konnte man bei der letzten Auseinandersetzung mit der Regierung feststellen. Obwohl für diese Wirtschaftsgruppe seit Jahrzehnten das denkbar möglichste geschieht, ist sie vollkommen unzufrieden. Die Anhänger des Landbundes werfen sogar dem gegenwärtigen Kabinett vor, „daß die Verelendung der Landwirtschaft unter Duldung der derzeitigen



Regierung ein selbst unter rein marxistischer Regierung nicht für möglich gehaltenes Ausmaß“ angenommen hätte. Es finde eine „Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen Geldbesitzerinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten“ statt.

Das ist eine Kriegserklärung, wie sie noch keine ihresgleichen gefunden hat. Die Entschließung mit den oben zitierten Redewendungen wurde vor der Unterredung verfaßt, die die Führer des Reichslandbundes mit dem Reichspräsidenten und dem

Reichskanzler hatten. Noch ehe sie zu Ende war, wurde die Entschließung der Öffentlichkeit übergeben. Man kann sich vorstellen, daß der Reichspräsident und der Reichskanzler über eine derartige Methode „politischer Gemeinschaftsarbeit“ nicht sehr erbaut waren. Sie haben erklären lassen, daß sie mit den verantwortlichen Personen des Landbundes die Beziehungen abbrechen. Die Organisationen der Industrie haben geharnischte Gegenerklärungen veröffentlicht. Der Reichsverband der Deutschen Industrie will mit den verantwortlichen Führern des Landbundes ebenfalls nicht mehr verhandeln. Der Verband Sächsischer Industrieller wehrt den Angriff u. a. folgendermaßen ab: „So zu sprechen, war bisher gewerbsmäßiges Volksrednern vorbehalten. Entweder die drohende Phrase ergeht wider besseren Wissens oder sie enthält schlimmes Nichtwissen. In jedem Falle ist der gerichtet der sie hinschrieb und unterschrieb. Wir, die Industriellen Sachsens, eines an Ackernahrung armen, überfüllten Landes, arbeiten seit Menschenaltern mit unseren werttüchtigen Arbeitern für Fremde, damit unser dicht gedrängtes, an Entbehrungen gewohntes Volk dem deutschen Bauern das heute ohne unsere Schuld karg gewordene Brot abkaufen kann. Wir sind so stolz und so frei wie der deutsche Bauer. Wir leiden seine Not und denken und handeln so deutsch wie er. Wären wir allmächtig, ginge es uns und ihnen besser.“

Organisationsbeiträge der Unternehmer

Auf der Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände am 14. Dezember 1932 in Berlin wurde der folgende Beitragsschlüssel für das Jahr 1933 festgesetzt: Als Mitgliedsbeitrag für das Geschäftsjahr 1933 werden 13 Pf. auf je 1000 M der berufsgenossenschaftlichen Jahreslohnsumme des Jahres 1932 erhoben, für die 200 Millionen übersteigende Lohnsumme eines Verbandes werden 9 1/2 Pf., für die 400 Millionen übersteigende Lohnsumme eines Verbandes werden 6 1/2 Pf. auf je 1000 M erhoben.

Die Lohnsummen des Jahres 1932 sind spätestens bis zum 31. März 1933 nachzuweisen. Solange dies nicht geschehen ist, wird für das Geschäftsjahr 1933 der Mitgliedsbeitrag des Jahres 1932 erhoben. Nach Feststellung der Lohnsumme erfolgt endgültige Abrechnung. Der Mindestbeitrag wird auf 130 M vierteljährlich festgesetzt. Die Erhebung des Beitrages erfolgt vierteljährlich im voraus, der Beitrag ist bis zum 10. des ersten Quartalsmonats fällig.

Der elektrische Tod

Im Kalenderjahr 1931 waren in Preußen 728 Unfälle durch elektrischen Strom zu verzeichnen. Hiervon entfallen auf Gleichstromanlagen 201 gleich 27,6 vH und auf Wechselstrom 527 gleich 72,4 vH. Von den Unfällen verliefen 75, mithin rund 10 vH, tödlich. Es ist sehr aufschlußreich, daß ein tödlicher Unfall sich in einem Friseurgeschäft bei der Handhabung eines elektrischen Haartrockners ereignete. Beim Gebrauch elektrischer Apparate ist Vorsicht am Platze.



Die Mission der RGO

In der Gewerkschafts-Zeitung vom 14. Januar lesen wir: Als Vorsatz und Gelöbnis der klassenbewußten Arbeiterschaft der Welt darf man aussprechen: Sie muß und sie wird in Eigeninteresse alles aufbieten, um einen Sturz der Sowjetmacht durch kapitalistische Intervention zu verhindern!

Rußland will keinen Krieg. Bestimmt keinen Krieg, in den es selbst verwickelt werden könnte. Und solche Gefahr bestünde in jedem Falle. Man muß den Krieg ablehnen, seinen Ausbruch zu verhindern suchen. Solchen Willen bekundet Rußland mit der Forderung auf allgemeine, radikale Abrüstung. Weiter auch mit dem Abschluß von Nichtangriffspakten. Selbst einen Krieg zwischen nur kapitalistischen Staaten muß Rußland als zweischneidiges Schwert werten. Schon solcher Krieg würde seinen ohnehin schon übermenschlich schwierigen Wirtschaftsaufbau noch mehr gefährden, in die Katastrophe wirtschaftlichen Chaos auch Rußland hineinreißen. Es klingt paradox, ist aber ein Faktum: Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise stört den Aufbau in Rußland jetzt bedrohlicher, als das die Feindschaft des Kapitals gegen den Sowjetstaat während guter Konjunktur auf dem Weltmarkt vermochte.

Rußland versucht ausländische Kapitalisten, kapitalistische Konkurrenz, als Käufer und Verkäufer auf dem kapitalistischen Weltmarkt für den Aufbau in Rußland weitgehend auszunutzen. Kapitalisten machen mit dem Himmel und der Hölle Geschäfte — wenns lohnt. Sie lehnten daher auch das Geschäftemachen mit dem „Teufel“ Sowjetstaat nicht ab. Die Sache ließ sich ganz leicht an. Die Weltwirtschaftskrise schien zunächst, nicht nur politisch, sondern auch im Hinblick auf Rußlands Wirtschaft, ein Glücksfall. Die zunehmende Arbeitslosigkeit in kapitalistischen Ländern machte das Sowjetland zu einem stark begehrten Kunden.

Das Bild änderte sich mit dem Auswachen der Krise zur Weltkatastrophe. Die Preise für Rohmaterial und Agrarprodukte, die Rußland vorwiegend für industrielle Erzeugnisse in Austausch geben konnte, stürzen und stürzten, erreichten einen nie erlebten Tiefstand. Mit diesem Absturz hielten die Preissenkungen für industrielle Erzeugnisse nicht gleichen Schritt. Rußland mußte für die gleiche Menge solcher Produkte eine unvergleichlich größere Menge seiner Ausführprodukte in Tausch geben. Seine Valuta sank sturzartig mit dem Weltmarktpreis. Trotz Ausweitung der ihm vom Weltkapital eingeräumten Kredite mußte Rußland jetzt seine Einfuhr so begrenzen, daß seine Handelsbilanz sogar aktiv wurde. So wird die Weltkrise in ihrer Dauerhaftigkeit mehr und mehr verhängnisvoll für das Sowjetreich.

Es ist selbstverständlich, daß diese Verhältnisse die Politik Moskaus stark mitbestimmen. Ein imperialistischer Krieg oder offener Bürgerkrieg oder beides zusammen in verschiedenen Ländern würde die Wirtschaft überall völlig zerrütten und auch die Lage Rußlands unahaltbar machen. Somit liegt es im Eigeninteresse auch Rußlands, der Wirtschaftskrise möglichst schnell Herr zu werden, die Gesamtmaschine in Bewegung zu setzen. Das politische Interesse an einer Revolution tritt daher zurück hinter dem vordringlichen Bedürfnis, den wirklichen Aufbau in Rußland zu sichern. Damit ist die Frage nach dem Wie? der Wirtschaft gestellt.

Revolutionsversuche würden sie nur aufhalten, in Wirtschaftsanarchie treiben. Aber es gibt die andere Möglichkeit, sowohl die Produktion aufzunehmen, in vergrößertem Umfang, wie auch auf dem Wege zur sozialistischen Gestaltung rüstig vorwärts zu kommen.

In Deutschland sind dafür die produktionstechnischen und organisatorischen Voraussetzungen vorhanden. Mehr noch. Eigenartig ist das Volk bereits auf legalem Wege Besitzerin eines Großteils der Wirtschaft geworden durch die sehr vielen Unternehmen aus verschiedenen Kanälen zugeflossenen öffentlichen Mitteln. Es fehlt tatsächlich nur der reife subjektive Faktor, um das Sozialisierungswerk faktisch zu legalisieren und energisch weiterzutreiben, es von den Hindernissen und Gegenkräften freizumachen. In anderen Ländern liegen die Dinge ähnlich, wenn auch nicht in ebenso weit vorgereiftem Zustand.

Jedoch, wie kann der subjektive Faktor zur Lösung seiner Aufgabe, wie die tragende Macht der Bewegung ausreichend gestärkt werden? Die Unreife liegt in der Zerrissenheit der klassenmäßig eingestellten Arbeiterschaft, in der Zersplitterung ihrer Organisationen. Dabei ist das Gespaltensein noch viel weniger schlimm als die Bekämpfung und Verlagerung der Gewerkschaften als Daseinszweck der RGO, in Hilfstellung für Faschisten und Kapitalisten. Gegen das Kapital rätioniert sie mit Worten, mit geschwollenen, revolutionär insizierten Phrasen, die Gewerkschaften aber bekämpft sie mit taktischen Manövern, mit Streikmache und Pöschelungen. Sie entspricht damit Moskauer Anweisungen. Man will keine entscheidenden Auseinandersetzungen mit dem Kapital, sondern Verständigung mit ihm und schnelle Wiederherstellung des gestörten Güterausstausches, bitter notwendig für den russischen Wirtschaftsaufbau.

So betrachtet, erhält die RGO-Taktik einen Sinn. Die einzige organisierte, festgefügte, ideologisch für den Sozialismus eingestellte Kampfsmacht der Arbeiterschaft, die freien Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit, wird in Angriff und Abwehr, in ihrer Energieentwicklung gelahmt, geschwächt.

Gesetzt den Fall: Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder würde durch die Kampfstellung der RGO, durch faktische Bildung einer gewerkschaftlichen Einheitsfront, auf 12 bis 15 Millionen gebracht, dann schon wären die Notverordnungen Papier, der Beginn wirklicher Sozialisierung, zunächst als Staatssozialismus, unter Kontrolle der Arbeiterschaft und unter ihrem entscheidenden Einfluß, gesichert. Aber in Moskau glaubt man unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise dem eigenen Aufbau, als zweckmäßig auch für das Proletariat in den anderen Ländern, am besten zu dienen, indem man auf bewährte Stützpunkte der Weltwirtschaft verzichtet und Verständigung mit den Kapitalisten sucht. Somit gehört auch die Bekämpfung der Gewerkschaften in solchen Plan.

Es gibt kein Recht auf Lohnsteuererstattung

Die in Nr. 1 der MZ unter der Überschrift: „Es gibt eine Lohnsteuererstattung“ erschienene Notiz hat einen Teil unserer Leser zu entsprechenden Anfragen an das Finanzamt veranlaßt. Die Gründe, die uns zum Schreiben der genannten Notiz bewogen, werden durch die Praxis der Finanzämter erhärtet. Denn die Anträge unserer Leser auf Lohnsteuererstattung sind mit der Begründung abgelehnt worden, daß auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni 1931 die Rückzahlungsverpflichtung für zurück gezahlte Lohnsteuern aufgehoben ist. Daraus ändert auch der § 131 der Reichsabgabenordnung nichts, denn in diesem heißt es:

Der Reichsminister der Finanzen kann für einzelne Fälle (auch für eine Mehrheit von einzelnen Fällen), wie bei Un-

weterschäden oder sonstigen Umständen, Reichssteuern, deren Einziehung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre, ganz oder teilweise erlassen, oder in solchen Fällen die Erstattung oder Anrechnung bereits entrichteter Reichssteuern verfügen.“

Der Finanzminister hat von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht. Aus diesem Grunde richten sich die Finanzämter nach § 132 der Reichsabgabenordnung, wonach nur die zu Unrecht beigetriebenen Steuern erstattet werden. Das kommt für die Lohnsteuer nicht in Frage. Hier ist der Arbeitgeber verpflichtet, von dem zur Auszahlung kommenden Lohn die vorgeschriebenen Steuern einzubehalten. Das ist gewiß ein großes soziales Unrecht, aber der Gesetzgeber hat dieses Unrecht zum „Recht“ erhoben, und somit gibt es, wie die Praxis der Finanzämter uns lehrt, keine Lohnsteuererstattung.

Die Lage der Sozialversicherungen

Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab kürzlich der Reichsarbeitsminister Dr. Syrup Auskunft über die Lage der einzelnen Sozialversicherungszweige. Nach den vorläufigen Ergebnissen werden die Einnahmen der Sozialversicherung im Jahre 1932 2660 Millionen betragen, gegen 3174 Mill. 1931 und 4300 Mill. 1929. Gegenüber 1929 ist also ein Rückgang der Einnahmen von 1600 Mill. eingetreten. Von 1931 bis 1932 beträgt der Rückgang etwa 514 Mill. Der Rückgang der Ausgaben beträgt gegenüber 1929 927 Mill. Von 1931 bis 1932 erfolgte ein Ausgabenrückgang von 651 Mill. Der Minister gibt selbst zu, daß diese Senkung der Ausgaben nur durch einen ganz ungewöhnlich schweren Eingriff in die Leistungen möglich war.

In einzelnen betrogen in der Krankenversicherung Einnahmen und Ausgaben 1355 Mill. M., so daß sie balanciert bei einem Vermögen von 896 Mill. In der Invalidenversicherung betragen die Einnahmen 1101 Mill., die Ausgaben 1290 Mill., so daß hier ein Defizit von 190 Mill. zu verzeichnen ist. Zur Deckung des Fehlbetrages wurden Wertpapierverkäufe vorgenommen. Die Angestelltenversicherung hat Einnahmen von 447 Mill. und Ausgaben von 263 Mill. bei einem Vermögensbestand von 2077 Mill. In der knappschaftlichen Pensionsversicherung betragen die Einnahmen 195 und die Ausgaben 197 Mill. Bei der Unfallversicherung liegen die Einnahmen noch nicht vor, die Ausgaben betragen 340 Mill. Die Arbeitslosenhilfe erforderte 1929 Aufwendungen in Höhe von 1757 Mill., 1930 von 2778 Mill., 1931 von 3147 Mill. und 1932 von 2835 Mill.

Die Ausgabenverminderung des verflossenen Jahres läßt den starken Eingriff in die Leistungen erkennen.

Rudolf Wallbrecht in Rubestand

Unser Kölner Bezirksleiter, Rudolf Wallbrecht, ist in den Rubestand getreten. Bei seinem Scheiden aus der Vorderfront der Verbandsfunktionäre fühlen wir uns gedrungen, des Wirkens dieses Kollegen kurz zu gedenken. Als er zu Düsseldorf unsern Verband (1894) beitrug, waren im Rheinland nur spärliche Ansätze der Organisation vorhanden. Kollege Wallbrecht wurde ehrenamtlicher Bezirksleiter, daneben war er Vorsitzender der SPD und Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse in Düsseldorf. Wenn sich auf diesem steinigem Gebiet die Mitglieder mehrten und sich fast zusammenfügten, so hatte daran ihr Bezirksleiter ein vollgerüttelt Teil. Dank seiner unverdrossenen Arbeit wurde er 1903 als besoldeter Bezirksleiter für Rheinland-Westfalen angestellt. Was er in diesen vielen Jahren für die Metallarbeiter und ihren Verband, insbesondere in der Reichskommission für die Zentralheizungsindustrie, geleistet hat, wird später im einzelnen geschildert werden müssen.

Rudolf Wallbrecht war und ist mit der Metallarbeiterschaft durch Beruf und Seele verbunden. Zu ihrer Sache stand er mit der Zähigkeit eines ehrlichen sozialistischen Gewerkschafters. Seine sozialistische Überzeugung bildete den Anker, der fest und anrecht hielt, wenn, wie oft, wilde Stürme über die rheinisch-westfälische Eisenindustrie legten. Und wenn, was bei keinem Menschen ausbleibt, hie und da mal die Stunde am Ölberg kam, dachte Wallbrecht an die Proletarier in Hütte und Werkstatt, deren Sache Schwanken und Zagen nicht zuließ. Er gehörte zu ihnen durch Geburt und Gesinnung; er stand bei ihnen mit Kopf, Rat und Tat, weil sie auch zu ihm standen. Seinen Klassenossen und Mitstreitern war er der hilfsbereite und lustige Kamerad. Inmitten seiner vielgeliebten Metallarbeiter konnte Wallbrecht lustig sein wie kein anderer. Hier war seine große Familie; hier wollte er raten und wirken, hier konnte er nie genug leisten. Hier vergaß er Mißmut und Sorgen, hier lachte und trank er und steckte die ganze Gesellschaft mit seinem unverwiltlichen Humor an.

Und nun soll er seine große Familie verlassen? Nein, er verläßt sie nicht, weil er das gar nicht kann, sondern er zieht sich nur etwas von ihr zurück, während sein Herz weiter bei denen sein wird, wo es Zeit seines Lebens war. Und umgekehrt wird auch unser Herz weiter bei ihm sein. Und wir hoffen und wünschen, daß dieses Beieinanderbleiben noch recht viele Jahre dauern möge.

Jubilare feiern

Am 18. Dezember lud die Ortsverwaltung in St. Ingbert ihre Mitglieder zu einer kleinen Feier ein. Zahlreich waren sie mit ihren Familien erschienen. Es kamen 4 Mitglieder, nämlich die Kollegen Martin, Zimmermann, Ringle und Michaely geehrt werden. Kollege Böck von der Bezirksleitung hielt einen gediegenen Vortrag, an dessen Schluß er den Kollegen für ihre Treue dankte. Anschließend überreichte der Bevollmächtigte Rees die silbernen Medaillen und Ehrenurkunden. Musikalische und humoristische Darbietungen gaben der Feier ein gemütliches Gepräge. Ein Tanz beendete die Feier.

Durch eine harmonisch verlaufene Feier ehrte am 8. Januar die der Geschäftsstelle Bayreuth angeschlossene Verwaltungsstelle Gefrees vier ihrer Mitglieder, die 25 Jahre lang der Organisation die Treue hielten. Der frühere Geschäftsstellenleiter, Kollege Trautner, brachte die Glückwünsche und den Dank zu den Jubilare dar und überreichte jedem ein Ehrendiplom und die silberne Verbandsnadel. In seiner Ansprache würdigte der Kollege die Verdienste der Jubilare und dankte auch den Frauen, die ihren Männern stets treu zur Seite gestanden hatten. Die Jungkollegen sollten sich die Jubilare als Vorbild nehmen. Namens der Jubilare dankte Kollege Schlegel. Die Gefreese Kollegen freuten sich, ihren Kollegen Trautner mit dem sie sich seit 30 Jahren verbunden fühlen, wieder in ihrer Mitte zu sehen. Bis in den späten Abend blieben die Kollegen in froher Stimmung beisammen.

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 29. Januar, ist der 5. Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. Januar bis 4. Februar 1933 fällig.

Vorstand und Erweiterter Beirat haben beschlossen, bis auf weiteres das Beitrittsgeld auf die Hälfte der statutarischen Sätze aus § 3 Abs. 4 zu ermäßigen.

Das Beitrittsgeld beträgt danach
für männliche über 18 Jahre alte Personen . . . 50 Pf.
für weibliche über 18 Jahre alte Personen . . . 25 Pf.
für Jugendliche beiderlei Geschlechts
sowie für Lehrlinge 15 Pf.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Leipzig:
Der Monteur Richard Huhndorf, geb. am 9. April 1883 in Pegau, Mitgliedsbuch Nr. 6949894, wegen Streikbruch.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse
der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.)
Hamburg, Rothenbaumchaussee 20

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im 4. Quartal 1932

Krankenkasse:	
Einnahmen	224 141,44 M
Ausgaben	154 970,07
Mehreinnahmen	69 171,37 M
Kassenbestand am 1. Oktober 1932	1 843 352,26
Kassenbestand am 31. Dezember 1932	1 912 523,63 M
Sterbekasse:	
Einnahmen	123 825,99 M
Ausgaben	97 793,35
Mehreinnahmen	26 032,64 M
Kassenbestand am 1. Oktober 1932	1 825 325,70
Kassenbestand am 31. Dezember 1932	1 851 358,2 M

Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfalle vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkrankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Heute ist die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer guten Zuschußkasse dringender denn je; denn der bei den Pflichtkassen erfolgte Abbau kann nur durch die Leistungen der Zuschußkassen wieder ausgeglichen werden. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungsstellen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungsstellen jederzeit erfolgen, oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20.“

Hamburg, im Januar 1933

Der Vorstand

Sieg des DMV in Berlin

Eine Berichtigung mit Erwiderung

Unter dieser Überschrift brachten wir in Nr. 2 der MZ eine Notiz, zu der der darin erwähnte Kollege Krautter uns folgende Berichtigung sendet. In der Notiz heißt es:

„Die Abgesandten der Zentrale der KPD hatten zum Teil noch nicht einmal den Mut, die ihnen von ihren Vorgesetzten übergebenen Resolutionen in den Versammlungen einzubringen. Unter diesen Tapferen befand sich auch der Hauptschreiber Krautter, der in den 6. Bezirk delegiert worden war und nicht den Mut aufbrachte, die ihm mitgegebene Entschließung, die er selber in einer Besprechung in den Haverlands Festsälen am 30. Dez. 1932 angekündigt hatte, in dieser Versammlung selber einzubringen.“ Wahr ist vielmehr, daß ich in der Vertrauensleute-Konferenz des 6. Bezirks, die am 4. Januar 1933 im Vereinshaus „Einigkeit“ stattgefunden hat, eine Resolution, die den Ausschluß Leiparts forderte, nicht nur eingebracht, sondern auch selber vorgelesen und begründet habe. Damit entfallen wohl auch alle Folgerungen, die aus der falschen Darstellung gezogen werden.

Der Verfasser der Notiz in Nr. 2 der MZ sendet uns zu der Berichtigung des Kollegen Krautter folgende Zeilen:

Krautter behauptet hier, daß er in der Vertrauensmänner-Konferenz des 6. Bezirks eine Resolution, die den Ausschluß Leiparts forderte, nicht nur eingebracht, sondern auch selbst vorgelegt und begründet habe. Das ist objektiv unrichtig. K. hat in seiner Diskussionsrede zu einem Antrag oder zu einer Resolution, die den Ausschluß Leiparts forderte, überhaupt nicht gesprochen, sondern er hat am Schluß der Diskussion den Antrag vorgebracht, der den Ausschluß Leiparts forderte. Dabei hat er aber vergessen, auch den Antrag mit einzubringen, den er einbringen wollte, nämlich den Antrag für die Erwerbslosen. Er hatte also nicht den Mut, die Anträge in der Bezirksversammlung einzubringen, die er bereits als Führer der oppositionellen DMV-Metallarbeiter in der Versammlung in den Haverlands Festsälen angekündigt hat und dabei verlangte, daß die anderen DMV-Oppositionsmitglieder in den anderen Bezirksversammlungen die von ihm entworfenen Anträge einbringen sollten, diese Anträge bringt er noch nicht einmal selber ein. Daß er diese Resolution nicht eingebracht hat, bestätigt sowohl der Versammlungsleiter wie auch der Kollege, der von unsrer Ortsverwaltung in der Bezirksvertrauensmänner-Konferenz anwesend war.

Nicht nach Österreich wandern!

Der Vorstand des freien Gewerkschaftsbundes Österreichs sendet uns eine Warnung, nicht nach Österreich zu wandern. In Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg hat die Zuwanderung deutscher Kollegen einen derartigen Umfang angenommen, daß die dortigen Organisationen keinerlei Reiseunterstützung mehr zahlen können. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes hat sich bis jetzt gestraubt, eine solche Warnung zu erteilen. Aber die Überflutung mit deutschen Kollegen zwingt ihn, sie dringend in ihrem eigenen Interesse zu ersuchen. Österreich zu meiden, weil die Zahlung von Unterstützung eingestellt ist.

So schafft ein roter Finanzminister

Österreich ist ein kleines und armes Land, seine Hauptstadt aber, Wien, die fast ein Drittel der österreichischen Bevölkerung birgt, ist reich, reicher als die meisten Hauptstädte der Welt. Wien, das rote, ist schuldenfrei, während immer mehr Großstädte den Bankrott ansagen. In Wien wurde und wird der Welt gezeigt, was selbst in der schwersten aller Wirtschaftskrisen in einem kriegsbeseigten Lande durch sozialistische Tatkraft geleistet werden kann. Durch Wien wird die Behauptung widerlegt, daß man bessere Zeiten abwarten müsse, ehe Nennenswertes für die armen Volksschichten geschaffen werden könne.

Der Mutige kommt auch auf einer morschen Leiter empor. Der Mutige in dem von Krieg und Krise morsch gemachten Wien heißt Hugo Breitner. Vierzehn Jahre ist er der Finanzminister Wiens gewesen. Kürzlich ist er aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Er ist der bestgehaßte und meist geliebte Mann Österreichs. Er wurde tödlich gehaßt von den gelehrten Nichtstuern, Geldbaronen und Börsenschiebern; er wurde heiß verehrt von den arbeitenden Massen. Jenen Haß und diese Liebe wird man wohl verstehen, sobald man weiß, was er geleistet hat:

Er brachte Arbeitsmöglichkeiten in der Zeit der Arbeitslosigkeit. Durch seine Vorkehrungen erhielten die Proletariatskinder Nahrung, Spielplätze, Sport und Unterricht. Die Arbeiterfamilien bekamen billige Wohnungen mit Licht und Luft in grünen Gärten. Breitner nahm den Reichen viel und gab den Armen alles. Und bei seinem Rücktritt erklärte er kurz und bündig, er habe nur seine Pflicht getan! Die Reichen schrien: Wir arbeiten nur für den Breitner; die Arbeiter betonten: Das danken wir unserm Finanzminister.

Hugo Breitner ist der Ansicht, daß in Notzeiten aller Luxus, aller Überfluß einzelner rücksichtslos zu unterbinden ist; er soll nicht verboten werden, aber es sei notwendig, ihm den Großteil für die darbenenden Massen abzunehmen. Und es erwies sich, daß auf diese Weise tatsächlich Wunderwerke geschaffen werden können, ohne daß deshalb das Gemeinwesen arm werden mußte. Wien ist heute reicher als je, nur daß die Reichtümer anders verteilt sind als früher. Aus Kinos und Theatern, aus den Palais und Schlössern der Großen hat er andauernd einen reichen Geldstrom in die städtische Kasse fließen lassen. Durch nichts, weder durch Drohungen noch durch Bitten, ließ er sich von seinem Wege abbringen. Auch seine erbittertsten Gegner müssen zugeben, daß er ein unbestechlicher Charakter ist, einer, dessen Wort immer gilt!

Die Großtat Breitners fällt zweifellos in die letzten neun Jahre seiner Tätigkeit. In dieser Zeit hat er 815 Millionen Schilling — fast eine halbe Milliarde Mark — aus den laufenden Steuereinnahmen für Wohnbauzwecke und Grundkäufe aufgewendet. Wären dafür Anleihen aufgenommen worden, dann hätten für Verzinsung und Tilgung durch 25 Jahre 76 Millionen Schilling aufgewendet werden müssen. Breitner hat dank seiner Wohnbaupolitik jahrelang den Großteil der österreichischen Industrien und Gewerbe beschäftigt und die Wirtschaft tatkräftig angekurbelt; und er hat zugleich den Wohnungsmarkt wirksam reguliert, denn die Wohnungen in den völlig lastenfreien Gemeindebauten sind so billig, daß auch die übrigen Hausbesitzer heute ihre Mietpreise in bescheidenen Grenzen halten müssen, zumal ihnen Breitner um so mehr als „Wohnbausteuer“ abverlangte, je mehr sie an Miete einheben.

Als Breitner nach dem Zusammenbruch der Monarchie in den Wiener Gemeinderat berufen wurde, zeigte es sich bald, daß er einer der genialsten Finanzmänner ist. Er hat die Stadt, deren Lage nicht besser war als die der übrigen Großstädte in den besiegten Staaten, in kürzester Zeit saniert und dann zu einer der bestverwalteten Städte der Welt gemacht, an der sich jetzt auch die Bürgermeister der Hauptstädte in den Siegerstaaten ein Beispiel nehmen und der nachzuzahlen sie bestrebt sind.

Man möge sich vorstellen, wieviel Arbeit und Energie hinter ein paar Zahlen steckt, die sich leicht aussprechen: täglich erhalten Zehntausende von Schulkindern ihr Frühstück und Mittagessen unentgeltlich. Sie können während der Sommermonate in den Kinderbädern und auf den Spielplätzen in den schönsten Parkanlagen Luft und Sonne genießen. Für Kleinkinder wurden Spielschulen, für Kranke die modernsten Spitäler erbaut. Alte Leute werden versorgt, Arbeitslose unterstützt usw. Das Fürsorgewerk der Stadt Wien ist so großzügig und zweckmäßig, daß es wohl kaum besser sein könnte. Freilich ist es noch immer nicht ausreichend, um alle Not zu bannen. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind eben nicht unbeschränkt. Wie wäre es aber um Wien bestellt, wenn es in dieser furchtbaren Zeit keinen sozialistischen Finanzminister gehabt hätte, wenn an seiner Stelle ein bürgerlicher Parteimann säße? Und andererseits: Wie finanziell gefestigt würde das kleine Österreich dastehen, wenn seit dem Umsturz statt des Bäckerdutzends bürgerlicher Geldhantierer ein sozialdemokratischer Finanzminister geamtet hätte! Österreich hätte dann nicht in Genf um Anleihen zu betteln brauchen.

Bei seinem Rücktritt hat Breitner den Jahresabschluß der Stadt für 1931 vorgelegt. Auf dieses zahlenreiche und vom sozialpolitischen Gesichtspunkt höchst fesselnde Werk kann hier nicht eingegangen werden. Nur von der Ausgabenseite der Abrechnung seien ein paar Zeilen hierhergesetzt:

Der gesamte Personalaufwand des Jahres 1931 betrug über 188,1 Mill. Schilling, wovon über 137,3 Mill. Schilling auf Bezüge der Angestellten entfallen; es waren, abgesehen von den Schwestern in den Wohlfahrtsanstalten, Ende 1931 23.452 Personen im städtischen Dienst. Während des ganzen Jahres wurde kein Personalabbau vorgenommen (die Gemeindeangestellten sind übrigens viel besser bezahlt als die staatlichen). Die Zahl der Pensionisten erreichte 10.695. Für Wohn- und Siedlungsbauten wurden fast 80,8 Mill. Schilling (zur Errichtung von 6324 neuen Wohnungen und 204 Geschäftslokale) verausgabt; im Eigentum der Stadt Wien befanden sich Ende 1931 63.696 Wohnungen und 3678 Geschäftslokale.

Breitners Ruhm hat die Reise um die Welt angetreten. So groß auch sein Werk, er hat im Grunde weiter nichts als das schlechthin Vernünftige getan: er hat Mittel und Wege gefunden, die öffentlichen Abgaben aus den Taschen derer zu holen, die sie leisten können, nicht aber bei den armen Massen, wie es bisher fast alle Finanzminister taten und noch tun. Und weil Breitner das ganz Vernünftige tat, darum wird seine Tätigkeit von den Großverdienern als „jüdische Breitnererei“ verunglimpft, und die Nationalsozialisten brüllen, sie „werden seinen Kopf im Sande rollen lassen“. Verständlich. Der Sozialismus der Nazis sieht anders aus und würde sich nur zu Gunsten der Großverdiener auswirken. Breitners Werk wird noch leben und sprechen, wenn der Nationalsozialismus nur noch eine schwache Erinnerung sein wird. E. R. S.

Verschärfung der Krise in Amerika

Von Neujork wird gemeldet, daß in der Woche, die am 17. November endigt, die Erzeugung elektrischen Stroms 1,563 Millionen Kilowattstunden war, was eine Verminderung von 6,7 vH im Vergleich zur selben Woche des Jahres 1931 ist. Während die Verminderung in der Woche die dem 17. November vorhergeht, 9,1 vH betrug. Die Stahlwerke arbeiten zur Zeit mit 14 vH ihrer Leistungsfähigkeit, in der vorhergehenden Woche noch 15 vH. In bestimmten Kreisen der Industrie sieht man, so heißt es in der Neujorker Meldung, einen Niedergang auf 10 vH voraus. Nach den in Washington veröffentlichten offiziellen Berichten ist die Summe der Gesamteinnahmen der Vereinigten Staaten zur Zeit 13 Milliarden Dollar, während sie im Jahre 1928 zweimal höher war.

Für die Automobilindustrie wird berichtet, daß bei 14 Gesellschaften im letzten Vierteljahr der Verlust 19 Millionen Dollar betrug, in derselben Zeit des Jahres 1931 hatten die 14 Gesellschaften einen Überschuß von 14 Millionen und 1930 noch 24 Millionen. Der Verlust der Stahlproduktion erreichte im gleichen Vierteljahr bei 18 Gesellschaften 38 Millionen gegen einen Verlust von 6 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres und bei einem Überschuß von 32 Millionen im Jahre 1930. Die öffentlichen Dienste sehen ebenfalls ihre Einnahmen rapid heruntergehen. Für das Telefon beträgt der Rückgang im dritten Vierteljahr gegen die gleiche Zeit des Jahres 1931 23 vH.

Mit diesem kargen Auszug aus dem Neujorker Bericht kann es sein Bewenden haben, da die Berichte von allen Industrien gleich trübe lauten, ausgenommen die Kunstseidenindustrie, die zur Zeit voll schafft und deren Vorräte sehr gelichtet sind. Während der ersten zehn Monate von 1932 betrug die Ausfuhr 538.800 (Gewichts-) Pfund gegen 227.000 Pfund vor einem Jahr. Die entsprechenden Zahlen der Einfuhr lauten: 156.000 und 1.387.000 Pfund.

Hochbetrieb der Rationalisierung

In den Vereinigten Staaten gibt es jetzt rund 1700 technische Versuchsstätten (research laboratories), das sind 1500 mehr als im Jahre 1923. Der Zweck wie die Auswirkung dieses Mehr an Versuchsstätten ist eine beträchtliche Ausbreitung der Rationalisierungsmethoden. Nach den Ausweisen des amerikanischen Patentamts ist die Zahl der Patente in der Krisenzeit mächtig in die Höhe gegangen. Zur Zeit gehen beim Patentamt wöchentlich über 1000 Gesuche um Anmeldungen von Patenten ein.

Neue Maßnahmen der Kaffeepolitik

Trotz der argen Enttäuschungen, die Brasilien in den letzten Jahren mit seiner staatlichen Kaffeepolitik erfahren mußte, werden die Maßnahmen auf Aufwertung des Kaffeepreises mit staatlicher Hilfe verfolgt. Der Wirksamkeit dieser Maßnahmen stehen vor allem die ungeheuer großen Vorräte entgegen, die sich in Brasilien in den staatlichen Speichern angesammelt haben. Ende Juni dieses Jahres wurden die Vorräte auf 27,6 Millionen Sack Kaffee geschätzt, die gegenwärtig durch die umfangreiche neue Ernte eine weitere Erhöhung erfahren haben dürften. Bisher bestanden die Hauptmaßnahmen der staatlichen Kaffeepolitik in dem Bemühen, die Vorräte zu verkleinern, ohne daß den Maßnahmen ein großer Erfolg beschieden gewesen wäre. Es wurden bereits beinahe eine Million Sack Kaffee in das Meer geschüttet oder verbrannt, ohne den Kaffeepreis erheblich zu stützen. Neuerdings hat die Regierung, um ein weiteres Anwachsen der Vorräte zu verhindern, die Anpflanzung von Kaffeebäumen auf die Dauer von drei Jahren untersagt. Das bedeutet nicht nur eine Maßnahme gegen die Ausdehnung der Anbaufläche, sondern sogar, da ständig alte Bäume ausfallen, eine Beschränkung der Anbaufläche.



Bäcker: „Ich möchte genug Brot für ein Paar Schuhe verkaufen. Kannst Du einen Laib kaufen?“
Schuhmacher: „Tut mir leid, ich habe kein Geld. Aber kannst Du mir nicht ein paar Schuhe abkaufen, damit ich etwas Brot bekomme?“
Bäcker: „Tut mir leid, ich habe auch kein Geld.“
Schuhmacher: „Sis schrecklich mit dieser Krise.“
(Aus dem New Leader.)

Die Landflucht in Italien

Aufschlußreiche Mitteilungen macht der italienische Berichterstatter der Wiener Arbeiterzeitung über die starke Landflucht, die in den letzten zehn Jahren in Italien zu verzeichnen war. 1921 lebte noch ein Drittel der italienischen Bevölkerung auf dem flachen Land, 1931 — laut den soeben veröffentlichten Ergebnissen der Berufszählung 1931 — weniger als ein Viertel. Dieser Rückgang ist um so bemerkenswerter, weil doch Mussolini seinen ganzen Ehrgeiz daran setzte, die Verstärkung der italienischen Bevölkerung zurückzubilden und einen großen Teil der Bevölkerung zur landwirtschaftlichen Tätigkeit zurückzuführen. Von einer solchen Entwicklung erwartete er die Entwicklung von Tugenden, die dem Faschismus sehr am Herzen liegen: Militärische Tugenden, die besser auf dem flachen Land als in den Städten gedeihen sollen: vor allem Steigerung der Geburtenzahl, die in der faschistischen Politik vorgesehen ist, damit die Armee mehr Rekruten erhält. Offenbar rechnete der Faschismus auch damit, daß die Zusammenballung in den Fabriken der Großstädte ihm viel gefährlicher ist als die Zerstreung der Bevölkerung auf dem flachen Land. Die „Reagrarisierung“ der italienischen Bevölkerung, das heißt die Förderung der Rückkehr zur Landwirtschaft, versuchte nun der Faschismus mit verschiedenen Maßnahmen, die allerdings nicht das Los des Landproletariats oder der Kleinbauern verbesserten, sondern den Zustrom des landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschusses in die Stadt mit Zwangsmaßnahmen zu verhindern suchten. So wurde die Freizügigkeit aufgehoben, die Bauern wurden gehindert, sich in größeren Städten niederzulassen, und auch sonst wurden sie, wenn sie nicht gleich Arbeit fanden, in ihre Dörfer zurückgeschickt. Das Auswanderungsverbot, das erst 1932 aufgehoben bzw. wesentlich gelockert wurde, sollte ebenfalls dem Zweck dienen, die landwirtschaftliche Bevölkerung zu erhöhen.

Wie nun die Ergebnisse der Berufszählung von 1931 zeigen, sind die Absichten Mussolinis völlig gescheitert. Gegenwärtig lebt ein viel größerer Anteil der Bevölkerung in den Städten als vor Beginn der faschistischen Herrschaft. Damit hängt wohl auch zusammen, daß auch sein Streben nach der Erhöhung der Bevölkerungszahl kläglich scheiterte. Der Geburtenüberschuß geht in Italien von Jahr zu Jahr, und zwar in starkem Maße, zurück. 1931 kam noch auf 1000 Einwohner ein Geburtenüberschuß von 10,1 über die Sterbefälle, 1932 nur noch 7,7.

Krisenbilanz der Weltproduktion

Es läßt sich jetzt einigermaßen übersehen, welche Auswirkungen die Wirtschaftskrise auf die Weltproduktion im allgemeinen und die Wirtschaftsentwicklung in einzelnen Ländern ausgeübt hat. Im ganzen dürften 1932 etwa für 110 Milliarden weniger Industriewaren erzeugt worden sein als 1928. Die industrielle Weltproduktion war nach den Untersuchungen des deutschen Konjunkturinstituts im Jahre 1932 niedriger als je im vergangenen Jahrzehnt. Setzt man die im Jahre 1928 erzeugte Warenmenge gleich 100, so ergibt sich für 1932 eine Indexziffer von 74. 1928 war die industrielle Weltproduktion um 37 vH höher als 1913; im Jahre 1929 sogar um 47 vH. 1932 war sie wieder auf den Vorkriegsstand zurückgeworfen. Bezogen auf die seit der Vorkriegszeit um mehr als 13 vH gewachsene Bevölkerung hat die Erzeugung von Industriewaren den Vorkriegsstand sogar um 11 vH unterschritten.

Von dem Produktionsrückgang zuerst erfaßt wurden die mitteleuropäischen Industrieländer, Deutschland, Polen, Österreich, Ungarn, Belgien und die Tschechoslowakei. Die übrigen Länder folgen erst später. Im ganzen hat der Produktionsrückgang in den meisten Ländern drei Jahre gedauert: in Großbritannien, Frankreich, Schweden, Japan hielt er zwei Jahre, in Britisch-Indien sogar nur ein Jahr hindurch an.

Wenn man den Umfang der Produktionsverminderung in der Industrie in Betracht zieht, so beträgt er in der Welt ohne Rußland 37 vH, dagegen in Polen 48, in den Vereinigten Staaten 47, in Deutschland 44 und in Kanada 41 vH. Großbritannien hatte nur einen Rückgang von 16 und Frankreich einen solchen von 32 vH zu verzeichnen. Durch die Krisenwirkungen haben sich die Anteile der einzelnen Volkswirtschaften an der industriellen Erzeugung der Welt stark verschoben. Gegenüber 1928 ist der Anteil von Großbritannien, Japan, Rußland, Britisch-Indien und Schweden gewachsen. Deutschlands Anteil fiel von 11,6 auf 8,9, der der Vereinigten Staaten von 44,8 auf 34,5 vH. Die Reihenfolge in der Weltproduktion 1928 war folgende: USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Rußland, Italien und Japan. Dagegen 1932: USA, Rußland, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Japan Italien. Die sogenannten jungen Industrieländer wurden von der Krise weniger hart betroffen als die alten.

Sinkender Reallohn in der Welt

Im dritten Vierteljahr 1932 sind, wie die Zeitschrift Wirtschaft und Statistik im ersten Dezemberheft berichtet, in einer ganzen Reihe von Ländern die Lebenshaltungskosten angestiegen, so in Dänemark, Finnland, Britisch-Indien und Japan, während in anderen Ländern die Lebenshaltungskosten den Stand der Vormonate beibehielten. Nur Frankreich und Polen einschließlich Saargebiet und Danzig wiesen einen Rückgang der Lebenshaltungskosten auf, was in Frankreich auf die infolge der guten Ernte rückläufigen Preise für Weizenmehl und Weizenbrot, in Polen auf den Rückgang der Roggen-, Kartoffel- und Fleischpreise zurückzuführen ist.

In der Mehrzahl der untersuchten Länder — sämtliche wichtigeren Länder konnten berücksichtigt werden — sind trotz der steigenden Preise für Textilrohstoffe die Preise für Bekleidung weiter gesunken, wenngleich der Rückgang gegenüber den Vormonaten sich verlangsamt hat. Ebenso sind in einigen Ländern (Belgien, Deutschland, Vereinigte Staaten, Finnland) die Ausgaben für Wohnungsmieten zurückgegangen, während sich die Kosten für Heizung und Beleuchtung sehr verschiedenartig entwickelten. Deutschland, Großbritannien, Finnland und Ungarn wiesen ein leichtes Anziehen dieser Ausgaben auf, während Belgien, Norwegen, Polen, Schweden und die Schweiz einen Rückgang dieses Ausgabepostens zeigten. Da wohl nirgendwo im abgelauteten Vierteljahr die Löhne und Gehälter eine Erhöhung erfahren haben dürften, teilweise sogar der Lohnabbau weitere nicht unerhebliche Fortschritte machte, muß auch dort, wo die Lebenshaltungskosten stabil blieben oder sogar um ein Weniges sanken, mit einem weiteren Absinken des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung und der realen Kaufkraft der Löhne gerechnet werden.

Zwei Milliarden neue Verbrauchssteuern in Belgien

Die liberal-klerikale Mehrheit der belgischen Kammer hat, um das gewaltige Loch in der Staatskasse zu stopfen, für 2 Milliarden belgische Franken (250 Millionen Mark) Verbrauchssteuern beschlossen. Es sind, wie ein Blick auf die lange Liste der neu belasteten Waren zeigt, vor allem die Lebensmittel der arbeitenden Bevölkerung getroffen worden. Letzten März wurden schon Butter, Äpfel, Bananen und Fleisch mit 150 Millionen Franken belastet.

Schriftenchau

Klassenverrat. Herausgegeben von der Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14. Organisationspreis 5 Pf. — Kürzlich sind von kommunistischer Seite Märchen vom Klassenverrat der führenden Leute der freien Gewerkschaften ausgesprochen worden, wobei ein gefälschtes amtliches Protokoll als „Tatbeweis“ für den „Verrat“ kolportiert wurde. Dieses Schriftchen nun leuchtet hinein in den Sumpf der Verleumdung, leistet somit nützliche Aufklärung, weswegen das Schriftchen weit verbreitet werden muß. — Übrigens hat die gleiche Verlagsgesellschaft noch mehrere Aufklärungsschriften herausgegeben, so: Die letzte Chance des Kapitalismus, Warum arbeitslos? Umbau der Wirtschaft, Siegreiche Streiks der RGO und Arbeitsbeschaffung. Jede von diesen fünf Broschüren ist für 5 Pf. je Stück zu beziehen. Sie sollten in jeder Zusammenkunft von Arbeitern feilgeboten werden. Denn darin ist höchst wirksamer Propagandastoff gesammelt.

Therese Etienne. John Knittel, ein Schweizer, ist aus Neigung und Schicksal schlimm durch die Lande gehetzt, fand aber in diesen Fahrten den Stoff für sein reiches Erzählertalent. Der Roman Therese Etienne führt uns in die Schweiz, in die Natur des Berner Oberlandes mit ihren typischen schweizerischen Menschen. Therese ist die junge Magd, die vom Großbauern aus der Gesindestube ins Herrenhaus geholt wird. Die

Affersunterschiede bringen die Konflikte. Der Stiefsohn verliebt sich in die „Mutter“. Am Ende liegt der Großbauer auf der Bahre, aber die Liebenden erhalten nicht die Freiheit, erst nach Verbüßung der Kerkerhaft werden sie in den Bergen glücklich. Der oft behandelte Stoff ist hier von Meisterhand ganz gestaltet. Büchergilde Gutenberg. Preis 2,70 M.

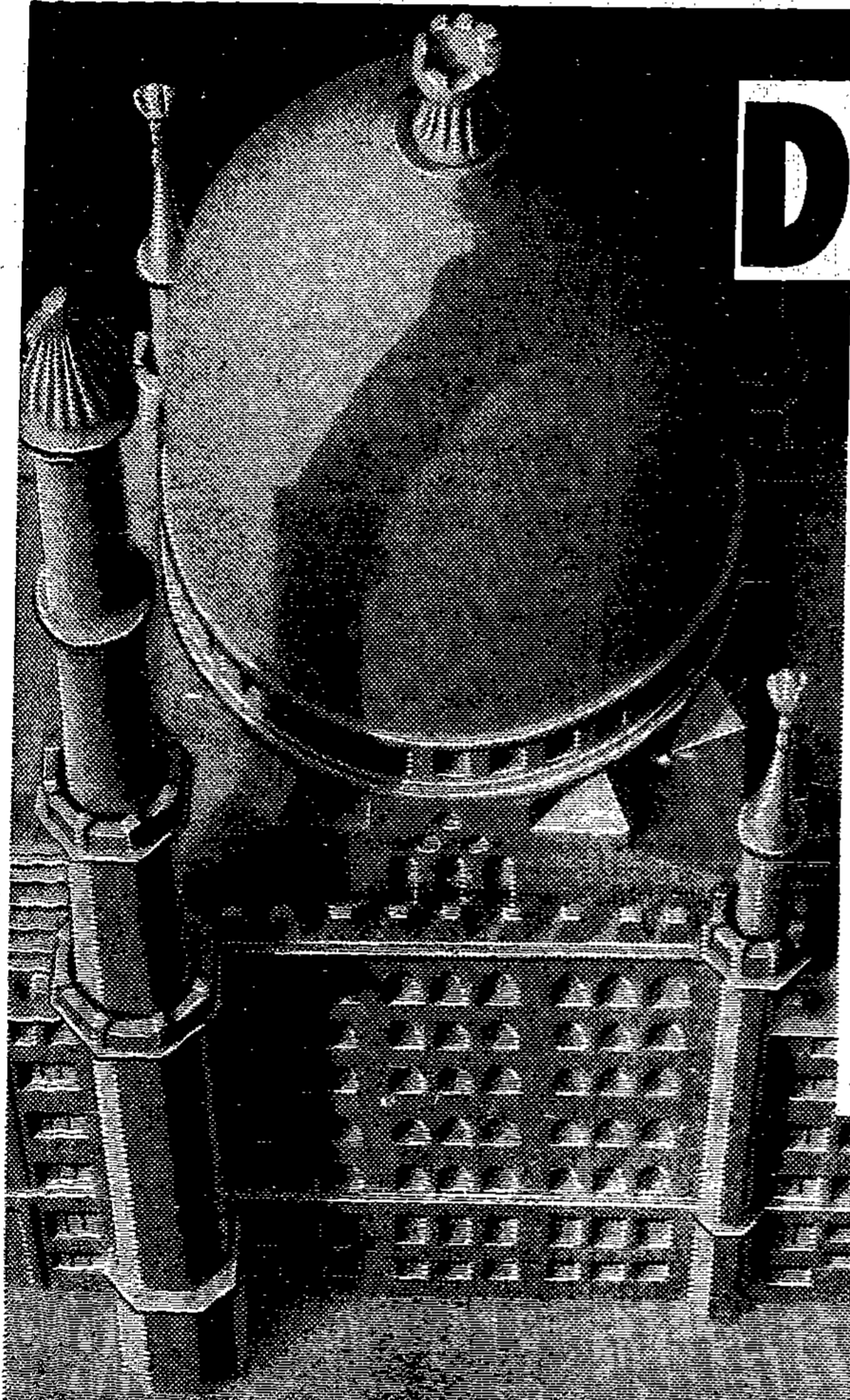
Die Frau im Recht. Von Dr. Th. Tichauer. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68. 112 Seiten. Geb. 2,50 M. — Das ist wirklich ein nützliches Buch, denn es befaßt sich mit einer ziemlich vernachlässigten Sache der Frau, nämlich ihrer gesetzlichen Rechte. Hier wird in verständlicher Sprache das Recht der Frau als Gefährtin des Mannes, als Mutter, Erwerbstätige und Staatsbürgerin geschildert, also Auskunft gegeben über Dinge, wonach unsere Leserinnen oft vergeblich fragen.

Vorrichtungsbau. Von Fritz Grünhagen. Heft 33 der Werkstattbücherei für Betriebsbeamte und Facharbeiter. Mit 280 Abbildungen und drei Normentafeln. Der vorliegende erste Teil, der in zweiter, verbesserter Auflage erschienen ist, behandelt die konstruktiven und technischen Grundlagen des Vorrichtungsbau überhaupt. Preis 2 M. — Band 15 der gleichen Serie behandelt das Bohren und ist von Ingenieur J. Dinnebiel und Dr.-Ing. H. J. Stöwer verfaßt. Auch hier handelt es sich um eine zweite, völlig umgearbeitete Auflage, die mit ihren 150 Abbildungen und 9 Tabellen ein vorzügliches Buch für den Praktiker ist. Preis 2 M. Verlag Julius Springer, Berlin W 9, Linkstr. 23.

Bei Staub und Hitze,
Schnee und Regen
mit GEG
die Schuhe
pflegen!



GEG-Schuhputz
gut und billig aus Euerm
Konsumverein!



Die Mehrheit

ist untrüglich, wenn es sich um die Auswahl einer Ware handelt.

Millionen irren nicht, wenn ihr guter Geschmack sich einstimmig für die führende deutsche Zigarette entschieden hat:

die milde
SALEM

mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwiedergabe.

3 1/3 M

Das ist die Salem-Fabrik

BANK UND SPARKASSE ALLER ARBEITNEHMER



IST DIE

BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN

BERLIN

Zentrale: SW 19, Wilhelmstr. 22
und Wallstraße 62, 63
Depotbankkonten: SW 62, Lindenstr. 3

Filialen: Bochum, Viktoriastr. 41, Bauvereinbank;
Coblenz, Obdillstr. 20, Bauvereinbank; Düsseldorf, K. Str. 17, Bauvereinbank;
Dresden, Marktstr. 17, Bauvereinbank; Hamburg, Neuer Markt 12, Bauvereinbank; Köln, Neumarkt 12, Bauvereinbank; Leipzig, Neumarkt 12, Bauvereinbank; München, Neumarkt 12, Bauvereinbank; Nürnberg, Neumarkt 12, Bauvereinbank; Regensburg, Neumarkt 12, Bauvereinbank; Stuttgart, Neumarkt 12, Bauvereinbank; Weimar, Neumarkt 12, Bauvereinbank.

Schriftenchau

So kommen wir zum Sozialismus. In leichtverständlicher Art hat Georg Decker die heutigen Formen der Profitwirtschaft dargestellt und die Vorschläge der Sozialdemokratie zum Umbau der Wirtschaft erläutert. Obwohl es sich um ein schwieriges Gebiet handelt, ist es fesselnd und verständlich geschrieben. Das 10-Pf.-Heft sollte jeder sozialistisch strebende Arbeiter zur Unterrichtung anschaffen. — Sozialistische Erziehung als Forderung und Tat. Der bekannte Schulfachmann Dr. Kurt Loewenstein hat die sozialistische Erziehungsarbeit von der Familien-erziehung bis zur gesellschaftlichen Erziehung meisterhaft dargestellt. Er kommt zu der Forderung, daß die Erziehung schon beim Kind zu beginnen habe und stellt die Kinderfremdbewegung und die Kinderrepublik als geeignetes Mittel dazu dar. Preis der Broschüre 15 Pf. Beide Broschüren sind im Dietz-Verlag, Berlin SW 68, erschienen.

Das Wort der Männer. 28. Band der Jack-London-Serie der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61. Preis 2,70 M. Es ist eine Erzählung aus Alaska. Eine Auswahl aus den bisher in Deutschland noch unbekanntesten Werken des großen Erzählers. Seine ungezügelte Phantasie und seine große Darstellungskraft, eine wilde Landschaft und heroische Menschen, das gibt einen Zusammenklang ganz starker Werte. Hier ringen Menschen mit der feindlichen Natur und mit ihresgleichen. Nur der Starke bleibt Sieger.

Togal
unübertroffen bei
**Rheuma - Gicht
Kopfschmerzen**
Ischias, Hexenschuss u. Erkältungskrankheiten. Stark harnsäurelösend, bakterientötend! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt!



Kollegin
Auguste Fußer in Radeberg
zu ihrem 30. Geburtstag am 27. Januar
die herzlichsten Glückwünsche.
Ein feiner, sorgenfreier Lebensabend
sei Dir noch beschieden.
Die Kolleginnen und Kollegen
der Verwaltungsjahrgänge Radeberg i. Sa.

Werkstattdiebstahler
150 mm, bill. Ausführung
3 RM 1.-
Keine Stahlwerkzeuge
Meter 1 2
RM -29 -59
Werkzeugliste gratis.
Westfäl. Werkzeugfabrik
Hagen i. W. 102.

**Kauft bei den Inserenten
unseres Blattes**
Billige böhmische Bettfedern
Nur reine gutfüllende Sorten —
Ein kg graue geschlossene Mk. 2,50,
halbweiße Mk. 3.-, weiße Mk. 4.-,
bessere Mk. 5.-, 6.-, dannweiße
Mk. 7.-, 8.-, beste Sorte Mk. 10.-,
12.-, weiße ungeschl. Kupffedern
Mk. 6,50, 7,50, beste Sorte Mk. 9,50,
Versand franco zahlbar gegen Nachn.
Muster frei. Umansch mit Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachsel, Lobositz, bei Pilsen, Böhmen

Kollegen!
Lest die neue
**Betriebsräte-
Zeitschrift**



Gicht und Rheuma
bei unerbittlich heftigsten und weitverbreiteten Gelenk- und Muskelschmerzen durch
weiches die Gelenke und andere Stoffwechselorgane angreift und -schädigt,
entzündet und allgemein reizend wirkt. Viele Kranke leiden (von fast jedem
Pfeiler). Paket RM 2,50, Box mit 6 Paketen RM 14.-, mit 10 Paketen
RM 22.-, ab 3 Paketen franco Radonolym (auch das
Gerburia-Kaliumperborat G. m. B. G., Philippsburg G. R. 204 (Baden)).
Gleich wirksam sind auch unsere Krämpf- und Pulver, Tabletten, Sanjolin, Stragel,
Sollmann- und andere über die Befämpfung fast aller Krankheiten bewährt.